

Brief von Bischöfen des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM) zum V. EU-Lateinamerika-Gipfel in Lima.

Als Bischöfe aus Lateinamerika, die sich seit langem für ein menschenwürdiges Leben unserer Völker und für eine wahrhafte Demokratie einsetzen, messen wir dem V. Gipfel der Staatschefs aus Lateinamerika, der Karibik und der Europäischen Union höchste Bedeutung bei. Dieses Gipfeltreffen wird den Referenzrahmen für die bilateralen Beziehungen und die Assoziierungsabkommen festlegen, die derzeit verhandelt werden.

Wir wollen zur Festlegung dieses Referenzrahmens folgende Punkte beitragen:

1. Die allgemeine Situation, in der unsere Völker leben, ist gekennzeichnet durch Armut, Ausschluss, von einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, von einer zunehmenden Undurchführbarkeit der wirtschaftlichen Produktion durch Kleinbauern sowie durch Kleinunternehmen, Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungssituationen, von unzureichenden Bildungs- und Gesundheitssystemen, von Unsicherheit und Gewalt, einer unzureichenden Ernährungssicherheit, von Migration, die durch fehlende Möglichkeiten und eine zunehmende Verschlechterung des ökologischen Gleichgewichts verursacht wird.
2. Diese Probleme führen auf dem Kontinent zu schwerwiegenden Konflikten, die infolge der schwachen demokratischen Systeme nicht nur eine Gefahr für den Frieden, sondern auch für die politische Stabilität insgesamt bedeuten können.
3. Diese Situation verschärft sich - trotz der wirtschaftlichen Reformen, die seit mehr als zwei Jahrzehnten gemäß den Vorgaben der internationalen Finanzorganisationen durchgeführt wurden.

Uns besorgt insbesondere:

1. Das Ungleichgewicht in den Handelsbeziehungen und in den Verhandlungen zu den Assoziierungsabkommen.
2. Die Auswirkungen des Klimawandels, für den besonders Lateinamerika und die Karibik anfällig ist. Sie treffen die Armen und Ausgeschlossenen am stärksten.
3. Die Schädigung der Wasserressourcen und der Biodiversität der Region, die von Bedeutung für das Leben und das Überleben der gesamten Erde sind.
4. Die wahllose Produktion von Agrotreibstoffen, die die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit erschwert.
5. Die negativen Auswirkungen der extraktiven Industrien, die außerhalb von internationalen Standards mit unzureichender Regulierung arbeiten, sowie das gegenwärtige Wirtschaftsmodell mit der daraus resultierenden Energienachfrage - eine gemeinsame Sorge, die mit Europa geteilt wird.
6. Das hohe Korruptionsniveau sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich
7. Die als Freihandelsverträge bezeichneten Wirtschaftsabkommen und das - sowohl im internen als auch im externen Bereich - zunehmende

Verschuldungsniveau der Staaten - das die öffentlichen derjenigen Mittel zu beschränken droht, die eigentlich für den Sozial- und Umweltbereich unserer Völker prioritär notwendig wären.

Falls diese Entwicklungen weiter fortschreiten, werden wir uns immer weiter von der Erreichung der Millenniumsziele für das Jahr 2015 entfernen, die von den Vereinten Nationen beschlossen worden sind.

„Unsere Schwester, ‚Mutter Erde‘, ist unser gemeinsames Haus und der Ort, an dem Gott seinen Bund mit den Menschen und mit der ganzen Schöpfung geschlossen hat“ (DA¹ 125).

Die Situation, die wir beschrieben haben, legt eine schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte, insbesondere die der Ärmsten, offen (vgl. DA 471, 473).

Für die Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern und der Europäischen Union brauchen wir einen Referenzrahmen, der vorrangig auf ein Leben in Menschenwürde ausgerichtet ist (vgl. Joh 10,10). Wir müssen den am meisten ausgeschlossenen und ausgegrenzten Menschen in der gerechtfertigten Forderung nach der Anerkennung ihrer menschlichen Würde entgegen kommen (vgl. Genesis 1.1). Eine wahrhafte und ganzheitliche Entwicklung ist der „Weg von weniger menschlichen zu menschlicheren Lebensbedingungen“ (Paul VI.).

Das Evangelium fordert uns zu einer Zusammenarbeit mit anderen Institutionen zugunsten eines gemeinsamen engagierten Handelns auf (vgl. DA 75):

1. Im Bewusstsein, dass wir dieselben Werte und ethischen Grundsätze teilen, schlagen wir eine gemeinsame Arbeitsagenda für ein alternatives, ganzheitliches und solidarisches Entwicklungsmodell vor (DA 474, vgl. CDSI² 361-376).
2. Handeln in sensiblen Bereichen: Wir brauchen die Einordnung des Marktes in einen ethisch-kulturellen Referenzrahmen, einen gerechten internationalen Handel, menschenwürdige Beschäftigung, die Wahrung der Rechte der Migranten und Flüchtlinge, eine kohärente und nachhaltige Sozialpolitik.
3. Dies verlangt die Durchführung einer Politik der internationalen Kooperation, die einen Abbau der Ungleichheit fördert, den sozialen Frieden garantiert und die dazu beiträgt, die Ursachen von Armut zu beseitigen.
4. Wir brauchen eine ökologisch ausgerichtete Wirtschaft, deren Fokus auf der Bewahrung des Ökosystems liegt, und die geltende internationale Standards berücksichtigt. Das beinhaltet grundlegende Änderungen der derzeitigen Produktionsmechanismen, im Investitions-, und Konsumverhalten, die nicht nachhaltig sind.

¹ Schlusssdokument der 5. Generalversammlung des Episkopats von Lateinamerika und der Karibik in Aparecida, Brasilien, im Mai 2007.

² Compendium der Soziallehre der Kirche.

5. Der Zivilgesellschaft, vor allem den Basisorganisationen, müssen Räume für eine partizipative Demokratie eröffnet werden. Erfahrungen von öffentlicher Kontrolle, Aufsicht und öffentlichen Anhörungen müssen ausgebaut werden.
6. Zugunsten eines menschenwürdigen Lebens für unsere Völker, insbesondere für die Ärmsten und die Ausgegrenzten, steht der lateinamerikanische Bischofsrat (CELAM) - unter Berücksichtigung seiner Kompetenzen - für einen Prozess des Austausches über die gemeinsamen Themen bereit.

Monseñor Raymundo Damasceno Assis
Erzbischof von Aparecida, Brasilien
Präsident des CELAM

Kardinal Julio Terrazas
Erzbischof von Santa Cruz, Bolivien
Präsident der Kommission für Gerechtigkeit und Solidarität
des CELAM

Kardinal Oscar Andrés Rodríguez Madariaga
Erzbischof von Tegucigalpa, Honduras
Präsident von Caritas Internationalis

Mons. Héctor Miguel Cabrejos V.
Erzbischof von Trujillo, Peru
Präsident der peruanischen Bischofskonferenz

Mons. Pedro Ricardo Barreto Jimeno
Erzbischof von Huancayo, Peru
Präsident der Sozialkommission der peruanischen Bischofskonferenz

Mons. Josef Sayer
Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerkes MISEREOR